

Inland/Flüchtlingspolitik/Rechtsextremismus

Pressemitteilung

Berlin, den 2. Juni 2015

Evangelische Bischöfe, Diakonie, Pro Asyl und mehr als 150 Initiativen und Einzelpersonen aus der zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Flüchtlingsarbeit unterstützen den dringenden Appell „Wir sind Viele: Für das Recht zu kommen und zu bleiben.“

„Gegen die Normalität rassistischer Hetze und Bedrohungen setzen wir unsere Vorstellungen einer offenen Gesellschaft und eines vielfältigen Zusammenlebens aller, die hier leben: Wir schützen und unterstützen Flüchtlinge.“

Der Landesbischof der Nordkirche, die Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, der Präsident der Diakonie Deutschland, Pro Asyl e.V., der Jesuitenflüchtlingsdienst, die Amadeu Antonio Stiftung sowie mehr als 150 Initiativen und Einzelpersonen aus der zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Flüchtlingsarbeit unterstützen den dringenden Appell **„Wir sind Viele: Für das Recht zu kommen und zu bleiben“**, der zu Beginn des Evangelischen Kirchentags in Stuttgart von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus veröffentlicht wird.

„Wir wollen mit dem Appell das Netzwerk der Hilfe, des Willkommens und der Unterstützung für Flüchtlinge überall in Deutschland stärken und sichtbar machen“, sagt Landesbischof Gerhard Ulrich von der Nordkirche. „Wir wissen aus der praktischen Arbeit, dass sowohl Ehrenamtliche als auch Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit vielerorts Anfeindungen erleben. Tröglitz ist leider kein Einzelfall“, betont Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland. „Mit dem Aufruf wollen wir auch all denjenigen den Rücken stärken, die vor Ort für ihr Engagement angefeindet und bedroht werden.“, so Lilie weiter.

Anlass für den Aufruf, der von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus heute veröffentlicht wird, sind die anhaltende Welle rassistisch motivierter Proteste und Gewalttaten gegen Flüchtlinge, Asylsuchende und neue Heimstandorte in Ost- und Westdeutschland. „Wir wollen bis zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2015 viele weitere Unterzeichner*innen und Initiativen gewinnen, um der gemeinsamen Forderung nach einer humanitären Flüchtlingspolitik Nachdruck zu verleihen“, sagt Jutta Weduwen, Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner des Appells betonen: „Gegen die Normalität rassistischer Hetze und Bedrohungen setzen wir unsere Vorstellungen einer offenen Gesellschaft und eines vielfältigen Zusammenlebens aller, die hier leben: Wir schützen und unterstützen Flüchtlinge.“

Den vollständigen Text des Appells und die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner finden Sie im Anhang und auf den Websites www.asf-ev.de sowie www.bagkr.de.

Für weitere Informationen und Fragen stehen Ihnen Friedemann Bringt, Projektleiter der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“, unter 0176-619 56 129 sowie Jutta Weduwen, Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, unter 0179-534 60 12 zur Verfügung.